Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/183

19. 02. 81

Sachgebiet 3

Antrag

der Abgeordneten Erhard (Bad Schwalbach), Dr. Klein (Göttingen), Dr. Wittmann, Dr. Stark (Nürtingen), Dr. Dregger und der Fraktion der CDU/CSU

Auswirkungen rechtspolitischer Entscheidungen oder Unterlassungen

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Tatsachen zu ermitteln, die zu Unsicherheiten im gesetzlich geregelten Verfahren bei den Zivilgerichten geführt haben;
2. festzustellen, welche Ergebnisse die gesetzliche Neuregelung des Revisionsverfahrens in Zivilsachen beim Bundesgerichtshof gebracht, und in welchem Umfang diese neuen Vorschriften zu verfassungswidrigem Gebrauch geführt haben;
3. festzustellen, welche Tatsachen zu einem Verlust an Rechtssicherheit und Voraussehbarkeit des Rechts geführt haben, was der Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Dr. Kissel, als scheidender Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt beklagt hat;
4. festzustellen, in welchem Umfang die Rechtsordnung nur noch sektoral durchgesetzt wird, und in welchem Ausmaß dadurch das Ansehen der Rechtsordnung beeinträchtigt wird;
5. festzustellen, in welchen Fällen Rechtsverletzungen politisch verbrämt wurden mit der Folge der Tolerierung und Duldung durch staatliche Organe;
6. Stellung zu nehmen zu der immer öfter zu hörenden Auffassung, das Prinzip der Gewaltenteilung werde dadurch gefährdet, daß die Rechtsprechung immer mehr gezwungen sei, Fragen weitreichender gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Bedeutung zu entscheiden, weil der Gesetzgeber seiner Pflicht zur Konkretisierung seines Willens nicht entsprochen habe;
7. festzustellen, in welchen Fällen die Rechtsprechung Mängel, Lücken und Fehler aus dem Bereich des Ehescheidungs- und Scheidungsfolgenrechts sowie des Sorgerechts beanstandet oder korrigiert hat, um das notwendige Mindestmaß an materieller Gerechtigkeit zu gewährleisten;

8. Stellung zu nehmen zu der wachsenden Normenflut aus dem Bereich der Europäischen Gemeinschaft, die zu wachsender Undurchschaubarkeit des geltenden Rechts und damit zur Rechtsunsicherheit beiträgt.

Über die Feststellungen ist dem Deutschen Bundestag in angemessener Zeit, spätestens bis zum 1. Oktober 1981, zu berichten.

Bonn, den 19. Februar 1981

Erhard (Bad Schwalbach)
Dr. Klein (Göttingen)
Dr. Wittmann
Dr. Stark(Nürtingen)
Dr. Dregger
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838